



ALTENBURGER AMTSBLATT

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN DER STADT ALTENBURG

NUMMER 34

SAMSTAG, 29. August 2026

JAHRGANG 2026

Nichtamtlicher Teil

Industriegebiet Altenburg/Windischleuba Förderbescheid übergeben

Ein wichtiger Schritt für die Entwicklung des geplanten Industriegebiets Altenburg/Windischleuba ist geschafft. Thüringens Wirtschaftsministerin Colette Boos-John hat Oberbürgermeister André Neumann den Förderbescheid für das erste Teilprojekt übergeben. Damit können nun die Planungs- und Ingenieurleistungen sowie der Grunderwerb für das rund 100 Hektar große Plan-

gebiet vorangetrieben werden. Für diesen ersten Entwicklungsschritt werden gut 4,9 Millionen Euro aus Mitteln des Bundes bereitgestellt. Die Förderung erfolgt auf Grundlage des Investitionsgesetzes Kohleregionen und stammt damit aus den sogenannten Kohlemillionen, mit denen der Strukturwandel in den ehemaligen Braunkohleregionen unterstützt werden soll. Hinzu kommen knapp 440.000 Euro des Freistaates Thüringen, die über die für das Projekt verantwortliche LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) Thüringen bereitgestellt werden. Die Investitionskosten für diesen ersten Abschnitt belaufen sich insgesamt auf rund 5,5 Millionen Euro.

Mit dem Förderbescheid kann die LEG Thüringen nun aktiv auf die Eigentümer der für das Industriegebiet vorgesehenen Flächen zugehen und entsprechende Ankaufverhandlungen führen. Parallel dazu werden die notwendigen planerischen und technischen Grundlagen für die weitere Entwicklung des Standorts geschaffen.

„Die Entwicklung des Industriegebiets Altenburg/Windischleuba ist ein Leitprojekt zur

Strukturstärkung des Altenburger Landes“, erklärte Wirtschaftsministerin Colette Boos-John bei der Übergabe. „Mit dem heutigen Förderbescheid legen wir die Grundlage dafür, dass hier ein neuer, leistungsfähiger Industrie- und Gewerbestandort entstehen kann. Das eröffnet der Region langfristig neue Chancen für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung.“

Auch Oberbürgermeister André Neumann unterstrich die Bedeutung des Vorhabens für die wirtschaftliche Entwicklung Altenburgs und der Region: „Wir wollen und müssen wirtschaftlich aufholen. Wenn wir von den hintersten Plätzen in den einschlägigen Wirtschaftsrankings nach vorn kommen wollen, brauchen wir neue Investitionen, neue Unternehmen und gute Arbeitsplätze. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass auch bereits in Altenburg ansässige Unternehmen genügend Entwicklungsmöglichkeiten haben, wenn sie wachsen und ihren Standort erweitern wollen. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen. Das Industriegebiet Altenburg/Windischleuba ist dabei eines unserer wichtigsten Zukunftsprojekte.“

Die Entwicklung neuer Gewerbe- und Industriezonen ist für Altenburg von besonderer Bedeutung. Die bestehenden Gewerbe- und Industriegebiete der Stadt sind bereits zu rund 80 Prozent belegt. Die noch verfügbaren Flächen sind überwiegend kleinteilig oder bereits konkret nachgefragt. Für sämtliche freien Flächen in den Gewerbegebieten Nord-Ost I bis III liegen bereits Anfragen vor.



Bei der Übergabe des Bescheids: Landtagsabgeordneter Christoph Zippel, Wirtschaftsministerin Colette Boos-John, Oberbürgermeister André Neumann und Heiko Reinhardt (LEG).

Foto: Franziska Ebert

Größere industrielle Flächenanfragen können deshalb derzeit kaum noch bedient werden. Das geplante Industriegebiet Altenburg/Windischleuba bietet aufgrund seiner Größe und Lage gute Voraussetzungen für größere gewerbliche und industrielle Ansiedlungen. Das rund 100 Hektar große Plangebiet befindet sich am nordöstlichen Stadtrand von Altenburg und liegt unmittelbar an den Bundesstraßen B 93 und B 7 sowie am Knoten zur Landesstraße 1355. Die A 72 in Richtung Leipzig und Chemnitz ist rund 15 Kilometer, die A 4 etwa 20 Kilometer entfernt.

Die Entwicklung des Standorts erfolgt schrittweise. Nach Abschluss des ersten Teilabschnitts, der voraussichtlich bis 2030 läuft, soll in einem weiteren Schritt die eigentliche Erschließung des Industriegebiets erfolgen. Für die Entwicklung des Gesamtstandorts ist perspektivisch eine Förderung in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe vorgesehen.

Im Auftrag
gez. Schmidt
Persönlicher Referent des
Oberbürgermeisters/ stellv. Pressesprecher

Halbseitige Sperrung der Leipziger Straße

Ausmaß der Fahrbahnsetzungen wird weiterhin untersucht

Warum ist die Leipziger Straße halbseitig gesperrt? Bei der halbseitigen Sperrung in der Leipziger Straße handelt es sich um eine Maßnahme zur Gefahrenabwehr und zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit. Der Grund sind Setzungen in der stadtauswärtigen Fahrspur, deren Ursache und tatsächliches Ausmaß derzeit noch untersucht werden. Eine konkrete Bautätigkeit zur Schadensbehebung ist deshalb bislang noch nicht erkennbar. Die Untersuchungen laufen jedoch kontinuierlich weiter und umfassen verschiedene Prüf- und Erkundungsverfahren. Betroffen ist insbesondere der Bereich zwischen den Hausnummern 23 und 37. Bereits seit Anfang 2025 beobachten Mitarbeiter der Stadtverwaltung dort sichtbare Setzungen der Fahrbahnoberfläche. Besonders auffällig sind diese im Bereich einer Kanaltasse. Nachdem sich die Setzungen weiter ausgedehnt und ein Ausmaß erreicht hatten, bei dem Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit nicht mehr ausgeschlossen werden konnten, wurde die betroffene Fahrspur vorsorglich für den Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird seitdem mithilfe einer Behelfsampele an der Schadstelle vorbeigeführt.

An der Stelle mit der deutlichsten Setzung wurde zunächst eine Suchschachtung vorgenommen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse machten weitergehende Untersuchungen erforderlich. Unter anderem wurden bereits Bodenradarmessungen durch ein ortsansässiges Unternehmen durchgeführt. Nach dem bisherigen Stand zeichnet sich ein ausgedehnteres Schadensbild ab. Die genaue Ursache sowie der Umfang des betroffenen Bereiches stehen allerdings noch nicht abschließend fest.

Aus diesem Grund hat die Stadt eine gutachterliche Begleitung der weiteren Untersu-

chungen veranlasst. Für eine belastbare Bewertung werden unter anderem detaillierte Informationen zu den im Straßenkörper verlaufenden Abwasser-, Trinkwasser- und Gasleitungen sowie Unterlagen zur früheren Bauausführung und zu den verwendeten Materialien benötigt. Auch der Zustand der vorhandenen Leitungen wird in die Untersuchungen einbezogen.

Noch in dieser Woche sollten vier weitere Suchschürfe angelegt werden. Darüber hinaus sind Rammsondierungen, Plattendruckversuche und Bodenanalysen vorgesehen. Mit diesen Untersuchungen sollen sowohl die Ursache der Setzungen als auch das konkrete Schadensausmaß weiter eingegrenzt werden. Erst auf Grundlage der Ergebnisse kann festgelegt werden, welche baulichen Maßnahmen für eine dauerhafte Schadensbehebung erforderlich sind.

Dass zwischen den einzelnen Untersuchungsschritten zeitweise keine sichtbaren Arbeiten vor Ort stattfinden, bedeutet daher nicht, dass die Maßnahme ruht. Die Ursachenforschung und fachliche Bewertung erfolgen in mehreren aufeinander aufbauenden Schritten. Hierzu gehören neben Arbeiten unmittelbar an der Schadstelle auch Messungen, Auswertungen, gutachterliche Prüfungen und die Abstimmung der vorliegenden Leitungs- und Baudaten.

Nach derzeitiger Einschätzung wird die spätere Reparatur der Fahrbahn voraussichtlich nur unter einer Vollsperrung der Leipziger Straße möglich sein. Eine solche Vollsperrung kann jedoch erst eingerichtet werden, wenn die Bahnunterführung in der Kauerndorfer Allee wieder für den Verkehr geöffnet ist und damit eine entsprechende Ausweichmöglichkeit zur Verfügung steht. An der Wiederherstellung beziehungsweise Öffnung der Bahnunterfüh-

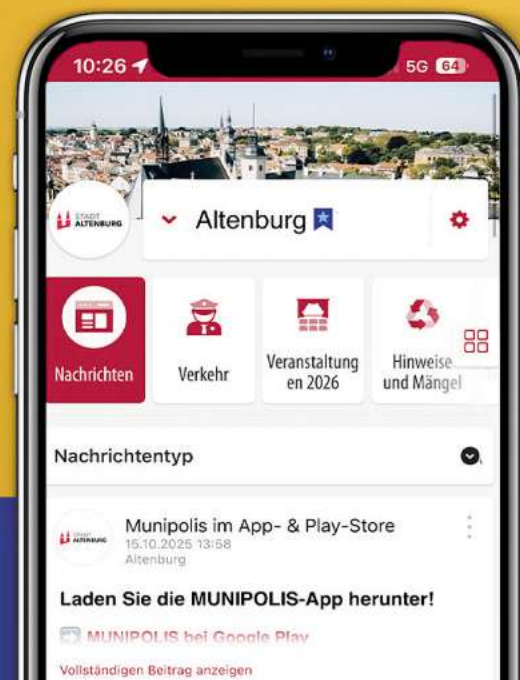
rung wird derzeit ebenfalls gearbeitet. Fazit: Die einseitige Sperrung bleibt aus Gründen der Gefahrenabwehr und Verkehrssicherheit zunächst bestehen. Wie lange die Einschränkung erforderlich sein wird und welche Arbeiten und Kosten sich aus der abschließenden Sanierung ergeben, lässt sich erst nach

Abschluss der weiteren Untersuchungen belastbar einschätzen.

Im Auftrag
gez. Schmidt
Persönlicher Referent des
Oberbürgermeisters/stellv. Pressesprecher

Behalten Sie alles im Blick.

Wichtige Informationen
direkt auf Ihr Endgerät.



MUNIPOLIS